

ENTSCHLIEßUNGSANTRAG

der Abgeordneten Vorderwinkler Petra,
Genossinnen und Genossen

betreffend Gutscheinheft für Freizeitaktivitäten

Die österreichischen Touristik- und Gastronomiebetriebe erleben heuer einer der katastrophalsten Jahre der letzten Jahrzehnte. Der Tourismusökonom- und Forscher Egon Smeral schätzt, dass heuer Nächtigungseinbrüche von 30 bis 50 Prozent drohen und meint: "Insgesamt rechnen wir damit, dass das Jahr 2020 als 'touristisch verloren' anzusehen ist."¹

Nachdem das Ostergeschäft für die Branche als „verloren“ zu bezeichnen ist, wird auch der Sommertourismus mit starken Rückgängen zu kämpfen haben. Dies vor allem auch auf Grund der aktuellen Situation in Deutschland, das mit 29,4 Mio. Nächtigungen zu einem der wichtigsten Quellenmärkte gehört. Diese Rückschläge werden nicht wettgemacht werden können, nichtsdestotrotz muss alles getan werden, um den Betrieben, die im Bereich des Tourismus, der Gastronomie und der Freizeitindustrie tätig sind, zu helfen.

Ein wichtiges Instrument wäre die Förderung von Tagesausflügen, die allen, in Österreich lebenden Menschen, zugutekommen sollen. Tagesausflüge sind ein beliebter Teil der österreichischen Freizeitaktivitäten und tragen als „Miniurlaub“ zur Bewältigung des Alltages bei. Mit einem „Gutscheinheft“, bei dem der Eurobetrag auch auf zwei oder drei Aktivitäten aufgeteilt werden kann, können daher nicht nur die Betriebe, sondern auch die Bevölkerung unterstützt werden.

¹ Kleine Zeitung, 11. April 2020, hier zitiert nach
https://www.kleinezeitung.at/international/corona/5799208/Coronavirus_Der-Tourismus-in-der-Krise_Heuriges-Jahr-touristisch

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus wird aufgefordert zeitnah ein Gutscheinheft aufzulegen, mit dem für Freizeitaktivitäten und Gastronomiebesuche Gutscheine für die, in Österreich lebenden, Menschen zur Verfügung gestellt werden. Pro Erwachsenen sollten 50,- Euro, pro Kind 25,- Euro vorgesehen werden.“



In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Tourismusausschuss vorgeschlagen

